

ICP

Institute for
Conflict Transformation
and Peacebuilding

“Du kannst getreuer Djihadi bleiben”

Richard Friedli

Interview zu möglichen Strategien für einen Frieden im Irak

“Du kannst getreuer Djihadi bleiben”

Richard Friedli



Foto: Daniel Uhl

© Institute for Conflict Transformation and Peacebuilding (ICP), 09/2014

Institut für Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung
Schwanengasse 9
3011 Bern, Switzerland

Richard Friedli war bis 2006 Professor für vergleichende Religionswissenschaft an der Universität Fribourg und amtierte gut zwei Jahre als Dekan der Philosophischen Fakultät. Zwischen 1965 und 1971 unterrichtete Friedli Entwicklungsethik an der Nationaluniversität Ruanda. Der Religionswissenschaftler war bis 2013 Studienleiter der „World Peace Academy“ in Basel und betreut seit Jahren das religionssoziologische Modul „Mediation und Versöhnungsrituale“ für den CAS-Studiengang „Die Kunst der Konfliktbearbeitung“ des „Institute for Conflict Transformation and Peacebuilding“ (ICP).

Amnesty International spricht von „systematischen ethnischen Säuberungen im Irak“. Sie arbeiteten nach dem Genozid in Ruanda als Experte im Evaluationsteam des Bundes. Gibt es Parallelen zwischen Ruanda 1994 und zur heutigen Situation im Irak?

Parallelen sehe ich schon. Vor allem die komplexe Gesamtsituation der beiden Dramen. Ich habe zwischen 1965 und 1971 in Ruanda gearbeitet und bin seit dann immer wieder zurückgekehrt. Ich unterrichtete dort an Universitäten in Butare und Kigali und habe noch immer Kontakte zu ehemaligen ruandischen Studenten, die teilweise in die Politik gegangen sind. Im Irak ist wie damals in Ruanda ein Genozid im Gange, aber ich wage keine weiteren Vergleiche, da die beiden sozial-politischen Kontexte sehr schwer zu entwirren sind. Es gibt zwanzig verschiedene Theorien, wie der Völkermord in Ruanda zustande kam.

Ist es richtig, dass die internationale Gemeinschaft militärisch eingreift?

Bei Geiselnahme oder Mord ruft man die Polizei. Die Gewaltspirale muss durchbrochen werden. Was im Irak passiert, kann gemäss den militärisch-politischen Kriterien der sogenannten „Notstandsethik“ interpretiert werden. In einem ersten Schritt wird im Irak die Gewalt durch militärische Massnahmen zu stoppen gesucht: dies trennt die verfeindeten Gruppen und ihre Opfer. Notstandsethisch gilt aber das Proportionalitätsprinzip weiterhin. Das heisst: maximaler Schutz für die Zivilbevölkerung und Verhältnismässigkeit bei der Anwendung der Waffen. Die Intervention darf nicht die Lebensgrundlagen der ansässigen Bevölkerung beeinträchtigen oder gar ruinieren. Verhältnismässigkeit ist als solide Basis für Friedensverhandlungen unabdingbar.

In der westlichen Berichterstattung wird vor allem auf die Gewalt des IS fokussiert, wenig auf Lösungsansätze. Warum?

Was wir beobachten können, ist die Entmenschlichung, eine Animalisierung des „grausamen Feindes“. Denn nur wenn der Gegner – wie durch die Medien – zum Tier gemacht wird, verlieren Soldaten die Hemmung zum Töten. In Ruanda wurden die Tutsis als „Kakerlaken“ gebrandmarkt, um den Genozid zu rechtfertigen. Im Zweiten Weltkrieg bezeichneten die Nazis die Juden als „Ungeziefer“, das man getrost töten kann. In einem ähnlichen klischeehaften Schablonendenken deklariert die westliche Berichterstattung die IS-Milizen als bestialisch grausame Mörder und „Terroristen“. Die Schubladisierung der Gegner als „Terroristen“ beinhaltet aber immer subjektive Interessen und hängt vom Machtgefüge ab, in welchem man

eingebettet ist. Und die andere Seite behauptet ihrerseits, dass die Soldaten, die vom Westen kommen, kolonialisierende Terroristen und Kreuzritter seien. Wenn einmal die Sicherheit für Leib und Leben wieder hergestellt ist, ist es deshalb die Aufgabe von Mediatoren, das Schablonendenken der Konfliktparteien „Wir sind die Guten, Ihr die Bösen“ zu überbrücken. Um Solidarität zu fördern und Hass abzubauen, müssen wir – gemäss dem jüdischen Theologen Pinchas Lapide – zur „Entfeindungsliebe“ befähigt werden: wohlwissend, dass die Konfliktparteien weiterhin Gegner bleiben, soll grimmige Feindschaft und blinder Hass durch vertrauensbildende Massnahmen aus dem Konflikt genommen werden.

Friedensverhandlungen sind erst möglich, wenn die Zeit dazu reif ist. Welche Bedingungen müssten erfüllt sein, um zu beginnen, diesen Konflikt zu transformieren?

Wenn erstmal das Minimum an beidseitiger Sicherheit wieder hergestellt ist, lässt sich eine Vertrauensbasis zum Verhandeln aufbauen. Wie lange das dauern kann, zeigt der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Republik Iran. Um Vertrauen zu gewinnen, müssten sich die im Konflikt verkrallten Parteien verwundbar geben und sich mit Würde und ohne Vorurteile begegnen. Als gelungenes Beispiel einer Konflikttransformation könnte man die Vermittlung 1990-1992 im Bürgerkrieg von Mosambik durch die italienische NGO „Gemeinschaft Sant’Egidio“ anführen.

Wer käme für die Mediation im Irak infrage?

Die Mediation müssten gut ausgebildete internationale, kreative und politisch nicht involvierte Teams übernehmen, die aus verschiedenen, auch arabischen Fachleuten zusammengesetzt sind. Insbesondere die Vertretung von Frauen im Mediationsteam ist wichtig. Es gibt Studien, die belegen, dass sobald Frauen im Mediationsprozess mitwirken, sich Traktanda, Schwerpunkte und Stil der Lösungssuche ändern.

Könnten die IS-Milizen Frauen als Mediatorinnen akzeptieren?

Das wird die schwierigste Herausforderung nach der Wiederherstellung der Sicherheit werden. Das Problem der Menschen- und Frauenwürde ist zentral. In diesem Konflikt werden ja Frauen – wie vor Jahren in den Balkankriegen – als Kriegswerkzeug gebraucht, um die Männer des Feindes zu demütigen. Dadurch kommt eine unheilvolle Spirale von Rache- und Ehrenmorden in Bewegung. Aber es ist nicht zu vergessen ist, dass unter den geschätzten 2000 IS-Leuten, die aus dem Westen kommen, sich 200 bis

300 junge Frauen befinden, die von den Männern als ebenbürtige Kämpferinnen akzeptiert werden.

Die Involvierung von Frauen in den Vermittlungsteams ist also nicht gegen die Logik von fundamentalistischen Kräften?

Für „fundamental“ engagierte politische und religiöse Gruppen und Gemeinschaften – ich spreche nicht von „fundamentalistischer“ Radikalisierung – ist es entscheidend, wahrzunehmen, dass sie den „Willen Gottes nicht verraten“, wenn sie für sie verständliche verantwortbare Kompromisse eingehen. Mahatma Gandhi hat von der „Schönheit des Kompromisses“ gesprochen. Man müsste eine ähnlich differenzierte Diskussion führen wie angedeutet bei „Sharia“. „Jihad“ kennt ja auch vielfältige Dimensionen, bedeutet doch das entsprechende Verb „djahada“, dass „alle Energien in ein Vorhaben investiert“ werden. Muslime können deshalb all ihre Energien in ein religiöses, aber auch in ein säkulares Projekt stecken. Als im Iran Ajatollah Chomeini 1979 an die Macht kam, kündigte er einen Djihad an und meinte damit unter anderem den Ausbau der Infrastrukturen wie Strassenbau und Bewässerungsanlagen. Djihad kann auch die Pflicht beinhalten, die muslimische Gemeinde zu schützen und zu verteidigen. Darauf beziehen sich die IS-Deklarationen. Es gibt aber auch eine andere Komponente des Konzepts: „Djihad“ als Selbstbekehrung und Kampf gegen den eigenen Egoismus. Man könnte also einem IS-Mitglied – wann immer möglich – zu verstehen geben: „Du bleibst getreuer Djihadi! Du brauchst nicht als Djihadist Andersdenkende demütigen, vergewaltigen und töten.“

Wer müsste bei ersten Friedensgesprächen am runden Tisch sitzen?

An den Verhandlungen müssten neben politischen auch religiöse Vertreter teilnehmen. In letzter Zeit gab es Bewegung im globalen interreligiösen Dialog: der ehemalige Präsident Israels Shimon Peres redete im Anschluss an den Gaza-Krieg mit Papst Franziskus über einen „Rat der Religionen“. Die Involvierung eines solchen Gremiums wäre zwar sinnvoll, die Führungsrolle könnte es aber bei Verhandlungen nicht übernehmen, da es kaum Einfluss auf fundamentalistische Kräfte wie den IS hätte. Zudem müssten nicht nur religiöse und politische Vertreter am runden Tisch sitzen, sondern auch Exponenten aus der Zivilgesellschaft wie Stammesvertreter, Fachleute aus den Universitäten und Arbeiter- und Frauenorganisationen. Seit mehreren Jahren möchten NGOs in den UNO-Gremien die Zivilgesellschaft stärker einbinden. Der erste muslimische UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, der jordanische Diplomat Prinz Zeid

Ra'ad Zeid al-Hussein, der vor einigen Tagen dieses Mandat erhalten hat, könnte eine wichtige Rolle in den kommenden Friedensverhandlungen übernehmen.

Friedensmediatoren unterscheiden zwischen Positionen und Interessen. Letztere werden von den Konfliktparteien oft nicht ausgesprochen. Die Positionen des IS sind klar: sie möchten einen Gottesstaat errichten und die Scharia einführen. Die Interessen der IS-Mitglieder sind weniger transparent. Mit welchen Ansätzen könnten diese herausgeschält werden?

Es ist wichtig, dass die Mediatorinnen und Mediatoren kultur- und religionssensibles Fachwissen mitbringen. Der Begriff „Sharia“ beispielsweise ist vielschichtiger als die Engführung, die wir in den Medien lesen oder wie die IS-Leute den Begriff auslegen. Mediatoren müssen deshalb die Exegese-Geschichte von entsprechenden Koranstellen kennen. Das Wort Sharia kommt nämlich vom Verb „shara“, das eine materielle Bedeutung hat: „in der Wüste zur Wasserquelle gehen“. Im literarischen Bereich wird unter Sharia die Herangehensweise verstanden, um einen Roman oder ein Gedicht gut zu verstehen. Im juristischen Bereich ist es die Methode, um ein Gerichtsurteil einzuordnen. Sharia bedeutet dann die aktuell gültige Rechtsordnung, die aus einem solchen Normierungsprozess entstanden ist. Diese Normen sind also geschichtlich gewachsen und nicht ewig gegeben. „Scharia“ ist auch der spirituelle Weg zum göttlichen Raum, der von Gläubigen und Mystikern beschriftet wird. Wenn Mediatoren mit „Jihadisten“ verhandeln, könnten sie etwa folgendermassen mitdenken: „Ihr legt Sharia als göttliches Recht aus. Wir respektieren dies. Doch wenn Ihr konkrete Sharia-Weisungen als die aktuelle Rechtsordnung versteht, betrifft dies nicht die Quelle des muslimischen Glaubens und der ewige Wille Gottes wird nicht missachtet“.

Sie sind Dozent für „Mediation und Versöhnung“ im CAS-Studiengang „Die Kunst der Konfliktbearbeitung“. Gibt es mögliche Rituale, die zwischen den gemässigten Vertretern der verschiedenen Religionsgemeinschaften im Irak zur Versöhnung beitragen könnten?

Ich meine wohl, dass man mit Versöhnungsritualen arbeiten könnte. „Hudna“ beispielsweise war zur Zeit Mohammeds eine Art Waffenstillstandsabkommen zwischen Beduinen-Stämmen, um Gewaltspiralen punktuell zu brechen. In Syrien wiederum bezweckt die Stammestradiation „Sulha“, vergangene Ungerechtigkeiten aufzufangen.

Versöhnungstraditionen im Sinne einer religiösen Vergebung?

Ja, religiös und kulturell zwischen und innerhalb von Stämmen. Das Problem ist aber, dass solche Traditionen, mit denen Gewaltspiralen durchbrochen werden können, in sehr engen Stammesverbänden gewachsen sind. Sie werden immer zwischen kleinen Nachbarschafts-Gruppen, etwa bei Familienzweigen oder Nachbarschaftskonflikten praktiziert. Diese Rituale können zwar die Gewaltspirale der Ehrverletzung durchbrechen. Doch die Frage stellt sich, wie sich solche in einem engen Rahmen gewachsene Traditionen auf internationale Strukturen übertragen lassen.

Können Versöhnungsrituale auch nach einem Genozid praktiziert werden?

Nach dem Völkermord 1994 in Ruanda setzte die neue ruandische Regierung zwischen 1996 und 2011 ein ähnliches Ritual wie „Sulha“ ein: „Gacaca“. Der Ansatzpunkt für die Versöhnung ist in solchen ausserordentlichen kollektiven Krisen bei den sogenannten liminalen oder Schwellen-Situationen – eine feierliche Zeremonie in der gespaltenen Gemeinschaft, um symbolisch Vergebung zu gestalten und Frieden zu schliessen. Nach den ausseralltäglichen Situationen helfen solche Übergangsrituale den Menschen, wieder in den Alltag zurückzukehren – wie zum Beispiel ein Abschieds- und Beisetzungsrituale die Rückkehr zum normalen Tagesrhythmus ermöglichen. Übergangsrituale lassen sich – so die Vermutung – von kleinen auf grössere Konflikte anwenden. Denn ein Genozid ist ebenfalls eine Schwellensituation: ein Einbruch im Alltag durch Terror und Angst. Nach einem solchen Massaker braucht es Verhandlungen, Mediation, die Verarbeitung von Ungerechtigkeit und die Aufarbeitung der Vergangenheit. Wenn diese Arbeit gemacht ist, können Rituale dazu beitragen, die Bevölkerung von der liminalen Grenzsituation wieder zurück in den Alltag zu bringen. Im Irak-Konflikt könnten vielleicht – als Abschluss von behutsamen lokalen Versöhnungsprozessen – gemeinsame schiitische und sunnitische, aber auch traditionelle christliche und jesidische Wallfahrten zu heiligen Orten das irakische nach-genozidäre politische Friedensprojekt abschliessen.

Wie müsste eine Politik der Versöhnung und des Friedens im Nachgang des Kriegs im Irak aussehen?

Es bräuchte – neben politischen und wirtschaftlichen Klärungen sowie verbindlichen Absprachen – charismatische Persönlichkeiten, die für beide Seiten glaubwürdig sind. Politiker, die mit den betroffenen Gemeinschaften einen Neuanfang wagen wie damals Nelson Mandela und Bischof Desmond

Tutu nach dem Ende des Apartheidregimes in Südafrika. Ich denke, dass der Weg auch hier über ansässige und internationale Teams aus Experten und Mediatorinnen führen könnte, die noch zu finden und zu befähigen sind.

Weltweit werden 1630 Milliarden US-Dollar fürs Militär ausgegeben, während die UNO mit 2,7 Milliarden für ihre Friedens- und Sicherheitsprojekte auskommen muss. Generalsekretär Ban Ki-moon sagt dazu: Die Welt ist überbewaffnet und Frieden unterfinanziert. Woher kommt dieses Ungleichgewicht?

Dies hat damit zu tun, dass die UNO die Staatenwelt und ihre Interessen repräsentiert. Die Zivilbevölkerung ist gar nicht präsent. Vielleicht gibt es aber über den UN-Menschenrechttrat einen Mentalitätswandel dahingehend, dass deutlich erkannt wird, dass die immer wiederkehrenden militärischen Zerstörungen und der anschliessende zivile Wiederaufbau sinnloser Geldverschleiss sind. Auch in der Schweiz gibt es das von Ban Ki-moon erwähnte Ungleichgewicht zwischen dem militärischen Armee- und dem humanitären Friedensbudget. Auch hierzulande müssten die Kompetenzen der Zivilgesellschaft noch konsequenter in die internationale Konfliktlösungsarbeit einbezogen werden. Hier kommen zahlreiche NGOs wie etwa das *Institute for Conflict Transformation and Peacebuilding* ICP ins Spiel.

Interview: Joël Frei, ICP